

Stellungnahme vom 26.09.2022
des Bezirksausschuss 22 Aubing – Lochhausen – Langwied
zur Beschlussvorlage

Planung und Neueröffnung von Containerunterkünften zur Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine

Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 07394

Der Unterausschuss Soziales des Bezirksausschuss 22 hat sich in einer
Sondersitzung am 26.09.22 mit der o.g. Beschlussvorlage befasst.

Der Bezirksausschuss 22 bedankt sich, dass die Punkte unserer Stellungnahme vom
13.07.22 ernst genommen und in der Vorlage sehr ausführlich gewürdigt wurden.

Wir sehen die Notwendigkeit als Gesamtgesellschaftliche Aufgabe, neue Standorte
zur Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine zu schaffen und wollen die
Menschen auch unterstützen. Unser Stadtbezirk steht hier solidarisch zu dieser
Aufgabe, mit allen anderen Stadtbezirken, für die Landeshauptstadt München.

Es wird begrüßt, dass das Amt für Wohnen und Migration die Anzahl von vier auf drei
Standorte reduziert hat. Es bestehen aber weiterhin große Bedenken wegen der
Anzahl der geplanten Standorte, geballt in dem neu entstehenden Stadtteil Freiham,
neben den vielen bisher schon eröffneten und beschlossenen Einrichtungen.

Es besteht weiterhin ein massives Ungleichgewicht bei der Verteilung von
Einrichtungen für Wohnungslose und Geflüchtete auf das Stadtgebiet.

Auch ist unter anderem die ärztliche Versorgung im 22. Stadtbezirk sowie die
Sicherstellung der wohnortnahen Schulversorgung weiterhin nicht geklärt.

Mehrheitlich können wir 2 Standorten zustimmen:

Standort unter Punkt 3.3.1. Centa-Hafenbrädl-Str. /Anton-Böck-Str.

(Flurstück 3508/42)

und den

Standort 3.3.3. Freihamer Weg (Flurstück 783, 785/3)

Den Standort 3.3.2. Hans-Dietrich-Genscher-Str. (Flurstück 3531/7) halten wir für nicht geeignet, da es sich um ein Erweiterungsgrundstück für einen Schulstandort handelt und jetzt schon abzusehen ist, dass eine weitere Schule zur Versorgung der zuziehenden Kinder benötigt wird. Die Synergien aus der Nähe zum Schul- und Sportcampus Freiham sollten hierbei vorrangig weiterhin für eine schulische Nutzung vorbehalten bleiben.

Wir bitten den Sozialausschuss der Landeshauptstadt München unsere ernstzunehmenden Einwände zu berücksichtigen.

Unsere Stellungnahme ist den Mitgliedern des Sozialausschusses in geeigneter Weise (Tischvorlage) umgehend zuzuleiten.